

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

Bildung für ein längeres und besseres Leben

Es ist wahrscheinlich einer der größten Erfolge der Menschheit, dass heute in allen Teilen der Welt die Lebenserwartung höher ist als jemals zuvor in unserer Geschichte. Es ist uns gelungen, den vorzeitigen Tod zurückzudrängen. Und dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Denn praktisch überall nimmt die Lebenserwartung weiter zu, auch in den skandinavischen Ländern, wo sie schon sehr hoch ist. Doch gleichzeitig gibt es auch innerhalb der Länder markante Unterschiede in der Sterblichkeit. Der erste Beitrag dieser Ausgabe zeigt klar, dass die Vorreiter in der Zunahme der Lebenserwartung die besser gebildeten und verheirateten Männer und Frauen sind. Sie haben in der Regel einen gesünderen Lebensstil und leben deshalb rund acht Jahre länger als der Rest der Bevölkerung. Die Daten zeigen eindeutig: höhere Bildung und eine stabile Beziehung sind gut für die Gesundheit.

Ein längeres Leben zusammen mit niedrigen Geburtenraten führt aber auch zu einer Alterung der Bevölkerung, was oft als Problem gesehen wird. Der zweite Beitrag gibt einen Überblick über Studien, die dieses komplexe Thema untersuchen. Wie sehr die Alterung zu einem Problem wird, hängt davon ab, wie flexibel die Gesellschaft ihre sozialen Sicherungssysteme anpassen kann. Eine weitere entscheidende Frage ist, in welchem Ausmaß eine Steigerung der Produktivität durch technischen Fortschritt die geringere Zahl der Erwerbstätigen in Zukunft ausgleichen kann. Und auch hier sind höhere Bildung, Forschung und lebenslanges Lernen die Schlüssel, um die Folgen der Alterung abzufedern.

Ein weiterer Faktor, der die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung beeinflusst, ist die Berufstätigkeit von Müttern mit Kindern. Hier zeigt der dritte Beitrag enorme Unterschiede zwischen dem Osten und Westen Deutschlands auf. Im Osten gehen nach wie vor viel mehr Mütter einer Vollzeitbeschäftigung nach als im Westen. Die Studie zeigt auch, dass Frauen vor allem dann Vollzeit arbeiten, wenn sie gut gebildet sind. Und hier schließt sich der Bogen wieder: Bessere Bildung trägt direkt zu höheren Erwerbsquoten bei und macht zweitens die Erwerbstätigen produktiver. Bildung führt sowohl individuell zu einem längeren und erfüllteren Leben als auch gesamtgesellschaftlich zu einer besseren Bewältigung der unvermeidlichen Alterung der Bevölkerung.

Wolfgang Lutz

Vienna Institute of Demography

Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Gibt es einen Wegweiser für ein langes Leben?

Die Ungleichheiten bei der Lebenserwartung verschiedener Bevölkerungsgruppen haben zugenommen

Mit 40 Jahren stehen Finnen, Schweden und Norweger ungefähr in der Mitte ihres Lebens. Ob dann im Schnitt noch einmal etwas weniger oder mehr als 40 Jahre hinzukommen, hängt bekanntermaßen vom Geschlecht der Person ab. Fast genauso entscheidend aber ist, ob die Person zur so genannten „Avantgarde“ gehört: Ist sie verheiratet und gut gebildet, lebt sie im Schnitt gut fünf Jahre länger als andere Gleichgeschlechtliche.

Wie es dazu kommt und ob diese Vorreiter der übrigen Bevölkerung den Weg zu einer höheren Lebenserwartung weisen können, untersuchten Domantas Jasilionis vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock und weitere Kollegen in einer Studie, die im Fachmagazin „Population“ veröffentlicht wurde. Darin

analysieren sie, wie sich die Lebenserwartung der Vorreiter-Gruppe im Vergleich zum Rest der Bevölkerung vom Beginn der 1970er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre entwickelt hat. Generell hatte das Land mit der geringsten Lebenserwartung zu Beginn der 1970er Jahre den höchsten Anstieg zu verzeichnen (vgl.

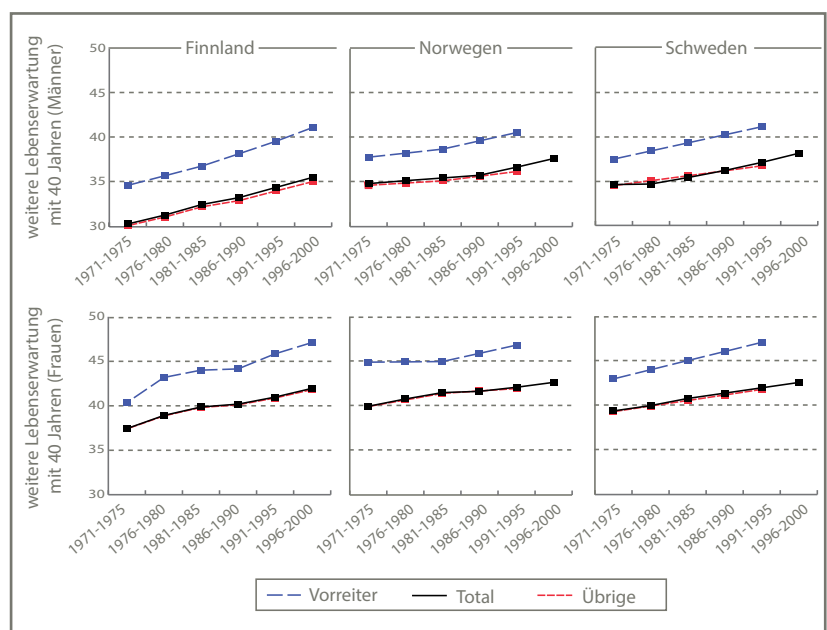


Abb. 1: Die Lebenserwartung der Vorreiter (hohe Bildung, verheiratet) ist stärker angestiegen als die der restlichen Bevölkerung (Übrige). Die horizontale Linie markiert die Lebenserwartung der Vorreiter zu Beginn des Untersuchungszeitraumes (1971-75). Quelle: Statistics Finland, Statistics Sweden, Statistics Norway, eigene Berechnungen.

Abb. 1): In Finnland gewannen die Männer bis Mitte der 1990er Jahre gut vier Jahre hinzu, während die Frauen in dieser Zeit im Schnitt dreieinhalb Jahre älter wurden. In Schweden lag der Zugewinn bei ungefähr zweieinhalb, in Norwegen bei zwei Jahren, wobei in beiden Fällen die Frauen ihre Lebenserwartung etwas stärker steigern konnten. Finnland gelang es so, den Rückstand auf die beiden anderen Länder etwas wettzumachen.

Bei weitem übertroffen werden diese Zahlen jedoch von den verheirateten und gut gebildeten Frauen und Männern: In Finnland wurden die Vorreiterinnen Mitte der 1990er Jahre im Schnitt fünfzehn Jahre älter als Anfang der 1970er Jahre. Bei den finnischen Männern, die in die Vorreitergruppe fielen, waren es im gleichen Zeitraum fünf Jahre. Damit gab es in Finnland auch den größten Unterschied zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen: Die männlichen Vorreiter wurden hier in den 1970er Jahren 4,5 Jahre älter als die restliche Bevölkerung. Ende der 1990er Jahre waren es bereits 5,6 Jahre. Damit haben die Vorreiter nicht nur eine wesentlich höhere Lebenserwartung, sie konnten diese auch noch stärker steigern als der Rest der Bevölkerung. Auch in den anderen beiden Ländern ging die Schere zwischen Vorreitern und der übrigen Bevölkerung sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern weiter auseinander.

Wie weit der Durchschnitt vom Niveau der derzeit möglichen Lebenserwartung entfernt ist, zeigt der Blick auf eine enger definierte Vorreitergruppe: die verheirateten und gut gebildeten Frauen (s. Abb.2). Im Vergleich zur restlichen Bevölkerung wurden sie am Ende des Untersuchungszeitraumes acht Jahre älter. Anzeichen darauf, dass diese Unterschiede kleiner werden könnten oder die Lebenserwartung der Vorreiterinnen in Zukunft weniger stark ansteigen könnte, gibt es nicht.

Obwohl Jasilionis und seine Kollegen sich mit Finnland, Schweden und Norwegen drei vergleichsweise egalitäre Gesellschaften für ihre Analyse herausuchten, fanden sie dennoch erhebliche Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen. Diese Unterschiede sind sogar größer als die zwischen einzelnen Nationen, wie ein Vergleich mit dem Spitzenland in Sachen Lebenserwartung, Japan, zeigt (s. Abb. 2).

Die Ursache hierfür liegt vor allem darin, dass gut gebildete und verheiratete Menschen seltener an Herz- und Kreislauf-Erkrankungen starben (s. Abb. 3). So gewann die männliche Vorreitergruppe in Schweden und Norwegen durch den Rückgang dieser Erkrankungen zweieinhalb Lebensjahre hinzu, während die übrigen Männer ihre Lebenserwartung hier lediglich um 1,6 Jahre (Norwegen) bzw. 1,7 Jahre (Schweden) steigern konnten. Bei den finnischen Männern ergab sich ein ähnlicher Abstand zwischen der Vorreitergruppe und den übrigen Männern. Nur ging die Sterblichkeit durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen hier in beiden Bevölkerungsgruppen wesentlich stärker zurück, so dass sich ein Zugewinn von 3,7 Lebensjahren (Vorreiter) bzw. 2,9 Jahren (übrige Männer) ergab. Diese Entwicklung zeigt, dass die Erfolge bei der Bekämpfung der Herz-Kreislauf-Erkrankungen noch nicht in allen Bevölkerungsteilen angekommen sind. Eine Entwicklung die sich auch auf internationaler Ebene nachvollziehen lässt. Ob die Lebenserwartung in der Zeit zwischen den 1970er und 1990er Jahren weiter anstieg, so wie es in Westeuropa der Fall war, oder ob sie wie in vielen Ländern Osteuropas stagnierte, hing maßgeblich davon ab, wie erfolgreich die Bekämpfung der Herz- und Kreislauf-Erkrankungen in den jeweiligen Ländern war. Auch in Schweden, Norwegen und Finnland waren alle anderen Todesursachen nachrangig: Am auffälligsten ist hier noch die Abnahme der Krebssterblichkeit (ohne nikotinbedingte Krebsfälle) bei allen Frauen sowie bei den schwedischen Männern der Vorreitergruppe. In Norwegen dagegen gab es bei den Tumoren mit Ausnahme der Vorreiterinnen überall eine negative Entwicklung. Dies gilt auch für den Raucherkrebs, der allerdings bei fast allen Frauen Ende der 1990er Jahre

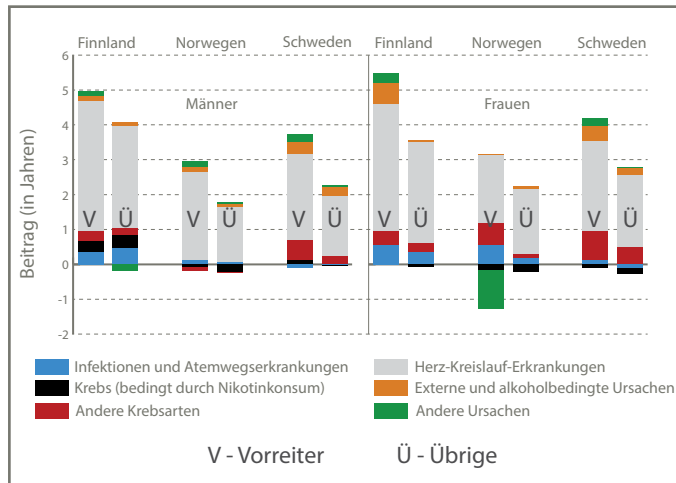


Abb. 3: Die Bekämpfung der Herz- und Kreislauf-Erkrankungen ist die wichtigste Ursache für den Anstieg der Lebenserwartung mit 40 Jahren. Quelle: eigene Berechnungen nach unveröffentlichten Daten von Statistics Finland, Statistics Sweden, Statistics Norway.

eine größere Rolle spielt als zu Beginn des Untersuchungszeitraumes. Dabei ist der Trend bei den Vorreiterinnen meist weniger stark ausgeprägt.

Überhaupt, so fassen die Autoren zusammen, sind so genannte menschengemachte Todesursachen, wie nikotin- oder alkoholbedingte Krankheiten, Verkehrsunfälle, Morde oder Selbstmorde in den Vorreitergruppen wesentlich seltener als bei den übrigen Bevölkerungsgruppen. Auch in egalitären Gesellschaften sind demnach die Unterschiede bei der Gesundheitsversorgung, aber auch in der Lebensführung und bei den sozialen und Umweltbedingungen ausschlaggebend. Dabei sind aber nicht nur materielle Unterschiede, sondern auch individuelle Faktoren wie psychologische Gesundheit oder die Fähigkeit, das eigene Leben zu kontrollieren, von Bedeutung.

Es ist daher wahrscheinlich, so die Autoren, dass der weniger privilegierte Teil der Bevölkerung einen eigenen Weg gehen und die Sterblichkeit nicht einfach zeitverzögert auf dem gleichen Wege verringern werde wie die Vorreiter-Gruppen. Darüber hinaus zeichnen sich auch länderspezifische Besonderheiten ab. Der unterschiedliche hohe Erfolg der Vorreiter-Gruppen bei der Bekämpfung von Krebs und anderen Todesursachen könnte neue Wege für ein längeres Leben aufzeigen und nach der Bekämpfung der Herz-Kreislauf-Erkrankungen den Beginn einer neuen Gesundheitsrevolution in den drei Ländern anzeigen.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Domantas Jasilionis

Literatur

Jasilionis D., Shkolnikov, V. M.; Andreev, E. M.; Jdanov, D. A.; Vågerö, D.; Meslé, F.; Vallin, J.: Do Vanguard populations pave the way towards higher life expectancy for other population groups? Population: An English Selection 69(2014)4, 531-556. DOI:10.3917/popu.1404.0589

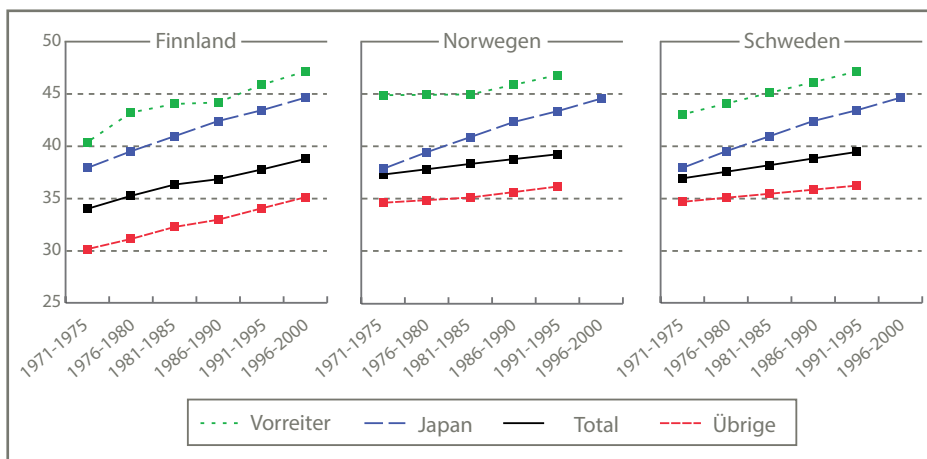


Abb. 2: Die Lebenserwartung der verheirateten und gut gebildeten Frauen in Finnland, Norwegen und Schweden ist höher als die der japanischen Frauen, die im internationalen Vergleich vorn liegen. Quelle: Human Mortality Database, eigene Berechnungen nach unveröffentlichten Daten von Statistics Finland, Statistics Sweden, Statistics Norway.

Zwischen Panikmache und Verharmlosung

Was passiert eigentlich, wenn ein Land in nie dagewesenem Maße altert und schrumpft?

Von außen betrachtet ist Deutschland eine interessante Fallstudie. In keinem anderen Land war die Geburtenrate über so lange Zeit so niedrig. Doch was bedeutet das für die Menschen, die hier leben? Martin Bujard vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat die Ergebnisse zahlreicher Studien zusammengetragen, eingeordnet und auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit geprüft. Sein Fazit: Es gibt keinen Grund zur Panik, aber viele Gründe zur Sorge.

Der Demograf und Politikwissenschaftler unterscheidet in seiner Analyse zwischen zwei verschiedenen Prozessen, die in der Debatte oft durcheinander geworfen werden: dem Prozess der Alterung und dem der Schrumpfung. Beide werden erhebliche Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik haben. Allerdings können sie unterschiedlich stark gesteuert und abgemildert werden, haben verschiedene zeitliche Abläufe und unterscheiden sich in ihrer Vorhersagbarkeit sowie in ihren konkreten Folgen.

Die gravierenderen Auswirkungen wird dabei die Alterung haben, schreibt Bujard und hat dabei vor allem die sozialen Sicherungssysteme im Blick. Durch die lange Phase mit niedrigen Geburtenraten ist schon heute sicher, dass sich die Zahl der Rentner im Verhältnis zu den Erwerbsfähigen bis 2040 ungefähr verdoppeln wird (s. Abb. 1). Weil sehr geburtenstarke Jahrgänge ins Rentenalter kommen, können selbst ein Anstieg der Geburtenrate und/oder mehr Zuwanderer an diesem Szenario nur noch wenig ändern. Was dies etwa für die Rentenversicherung bedeutet, macht Bujard an einer simplen Modellrechnung deutlich: Wenn sich der sogenannte Altenquotient verdoppelt (s. Abb.1), müsste sich auch der Beitragssatz der Arbeitnehmer und -geber verdoppeln. Oder andersherum: Bei stabilem Beitragssatz würde sich das Rentenniveau halbieren. Oder noch anders: Bei stabiler Rente und stabilem Beitragssatz müsste das Renteneintrittsalter auf 75 Jahre angehoben werden. Drei Szenarien, die sich niemand wünscht.

Um hier gegenzusteuern gibt es verschiedene Maßnahmen, die teilweise schon durchgeführt wurden: Die Anhebung des Rentenalters zum Beispiel, eine höhere Frauenerwerbstätigkeit, mehr private Vorsorge oder Steuerzuschüsse. Doch auch damit wird eine weitere Erhöhung des Beitragssatzes, wie sie seit 1953 ganze 27 mal beschlossen wurde, kaum

zu umgehen sein. Nicht nur der Altenquotient, auch der Anteil der über 80-Jährigen, der sogenannten Hochbetagten, wird sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit von fünf Prozent auf um die 14 Prozent im Jahr 2060 verdreifachen. Für die Kranken- und Pflegeversicherung sind daher die Folgen ähnlich wie für die Rentenversicherung. Sie sind jedoch nicht ganz so drastisch, weil die Rentner auch selbst in die Krankenkasse einzahlen und weil Rentenjahre nicht mit Krankheitsjahren gleichzusetzen sind. Ab 2030 könnten daher für mehrere Jahrzehnte die Leistungen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen deutlich geringer sein und zu Altersarmut führen. Auf der anderen Seite werden Arbeitnehmer einen sehr viel größeren Anteil ihres Lohnes an die sozialen Sicherungssysteme abführen müssen. Ob sich die Situation zwischen 2040 und 2060 weiter

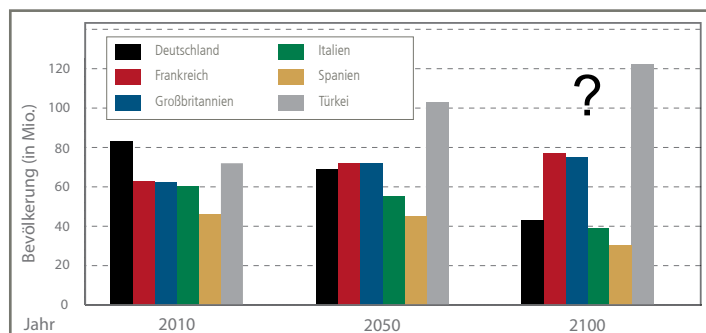


Abb. 2: Deutschland könnte schon Mitte des Jahrhunderts weniger Einwohner haben als Großbritannien und Frankreich. Die Modellrechnungen für die Entwicklung der Bevölkerungen beruhen auf der Annahme, dass Geburtenrate und Zuwanderung auf derzeitigem Niveau bleiben und sind für das Jahr 2100 noch mit großen Unsicherheiten behaftet. Quelle: UN (2012), eigene Darstellung.

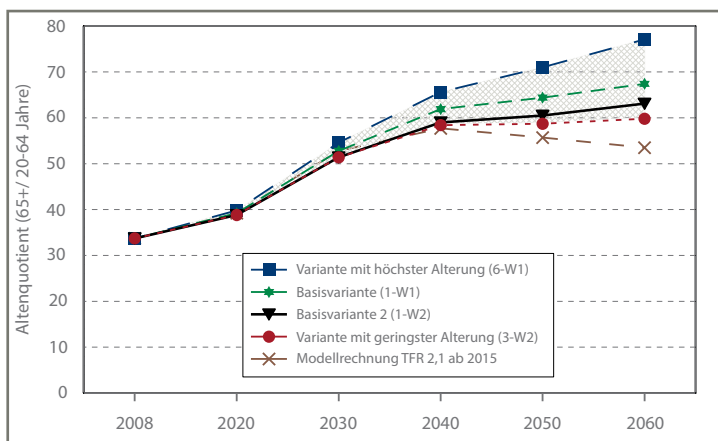


Abb. 1: Der Altenquotient ist die Zahl der über 64-Jährigen (Rentner), die auf 100 Erwerbsfähige, hier 20- bis 64-Jährige, kommen. Selbst wenn die Geburtenrate (TFR) noch in diesem Jahr auf das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau ansteigen würde, würde sich an dem Anstieg des Altenquotienten bis 2041 kaum etwas ändern. Quelle: Statistisches Bundesamt 2009b, eigene Darstellung.

die Einwohnerzahl abnimmt, ist für das Leben der Menschen aber die Frage, wo sie schrumpft. Wachstumszentren mit sehr hohen Mieten wird es ebenso geben, wie entvölkerte Regionen. Für den Staat ist darüber hinaus der mit einem Schrumpfen einhergehende Machtverlust von großer Bedeutung. Schon in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts werden Frankreich und Großbritannien das bisher größte EU-Land voraussichtlich mit ihrer Einwohnerzahl überholen (vgl. Abb.2). Die Türkei könnte im Jahr 2100 sogar dreimal so viele Einwohner haben wie Deutschland, wobei dieses Szenario mit sehr großen Unsicherheiten behaftet ist.

Der demografische Wandel sei somit weder ein Glücksfall, wie manchmal pauschal behauptet wird, noch eine Katastrophe, wie sie vielfach heraufbeschworen wurde, schlussfolgert Martin Bujard. Zumindest die Alterung ist aber für die nächsten Jahrzehnte nicht mehr abzuwenden. Ihre Folgen für Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Rente und Gesundheit, aber auch für die politische Partizipation und den Generationenzusammenhalt lassen sich allerdings politisch gestalten.

Autor der wissenschaftlichen Studie:
Martin Bujard

Literatur

M. Bujard: Folgen der dauerhaft niedrigen Fertilität in Deutschland. Demografische Projektionen und Konsequenzen für unterschiedliche Politikfelder, CPoS Comparative Population Studies 40(2015)2. DOI: 10.12765/CPoS-2015-06de.

Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels

Zwischen Haushalt, Kindern und Karriere

Mütter in Ost- und Westdeutschland leben noch immer unterschiedliche Familienmodelle

Fast zwei Drittel der Mütter, die um das Jahr 1940 im Osten Deutschlands geboren wurden, gingen später einer Vollzeitbeschäftigung nach. Bei den gleichaltrigen Müttern im Westen waren es gerade einmal 16 Prozent. Wie es zu diesen Unterschieden kommen konnte und warum sie teilweise bis heute fort dauern, untersucht eine neue Studie, die am Lehrstuhl für Familiendemographie der Universität Rostock durchgeführt wurde.

Ob Mütter arbeiten und in welchem Umfang liegt meist weniger an individuellen Entscheidungen als vielmehr an sozialen Normen, politischen Rahmenbedingungen und institutioneller Unterstützung. In dieser Hinsicht hätten Ost- und Westdeutschland um das Jahr 1960 herum unterschiedlicher kaum sein können: Während in der BRD die Frauen fast ausschließlich für Haushalt und Familie zuständig waren und der Ehemann ihnen sogar qua Gesetz ein Beschäftigungsverhältnis verbieten konnte, war die Rolle der Hausfrau in der DDR verpönt und eine Beschäftigung sowohl von kinderlosen Frauen als auch von Müttern aufgrund des ökonomischen Drucks gleichsam obligatorisch.

Warum sich solche Rollen herausbilden und wie sich die Familienbilder in West und Ost von den 1940er Jahren bis heute entwickelt haben, untersucht eine neue Studie im *European Sociological Review*. Darin werten die Soziologen Christian Schmitt und Heike Trappe vom Lehrstuhl für Familiendemographie sowie Matthias Pollmann-Schult vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Daten der Deutschen Lebensverlaufsstudie zur Beschäftigung von Frauen in ehelichen und nicht ehelichen Partnerschaften aus. Sie unterteilen darin acht Geburtenjahrgänge bzw. -jahrgangsgruppen von 1919 bis 1971.

Demnach sind die Erwerbstätigenquoten für Mütter in Ostdeutschland von 1940 bis in unser Jahrtausend hinein

durchgehend höher als im Westen (s. Abb. 1). Der Anteil der arbeitenden Mütter lag in der DDR fast durchgängig bei 65 bis 75 Prozent. Einen Höhepunkt erreichte sie in den 1960er Jahren, als den Frauen aufgrund von sinkenden Geburtenraten, Rückkehrgarantien für den Job und weitere noch heute fortschrittlich anmutende Erleichterungen zugesichert wurden. Im Westen dagegen herrschte zu dieser Zeit noch das

„Goldene Zeitalter der Familie“ mit einer ganz klaren Verteilung der Rollen, die durch das Steuersystem und die sozialen Sicherungssysteme belohnt wurde. Erst allmählich näherte sich die Erwerbstätigenquote dem Ostniveau an. Vor allem in den 1970ern, als die Geburtenraten sanken und die Scheidungsraten stiegen, geriet das alte Familienbild in der BRD ins Wanken. Reformen im Familienrecht und in der -politik, die Emanzipationsbewegung und bessere Bildungschancen bestärkten Frauen nun immer mehr darin, einer eigenen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Zwar arbeitete selbst in dem jüngsten Geburtsjahrgang (1971) mit knapp 50 Prozent gerade einmal die Hälfte der Mütter. Doch auch im Osten ging die Erwerbstätigenquote aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage auf 58 Prozent zurück. Der Unterschied zwischen Ost und West lag damit bei lediglich acht Prozentpunkten.

Dass die lang anhaltenden unterschiedlichen Familienmodelle aber dennoch weiter fortwirken, zeigt sich bei einem Blick auf die Art des Beschäftigungsverhältnisses der Mütter. Gerade einmal 11,1 Prozent aller Mütter, das ist ungefähr jede fünfte beschäftigte Mutter, gehen im Westen einer Vollzeitarbeit nach. Im Osten sind es dagegen mit knapp 42 Prozent erheblich mehr.

Weitestgehend unangetastet von jeglichen Veränderungen und Entwicklungen blieb die Rolle der Väter: Die Aufgabe der Kindererziehung und der Haushaltsführung war sowohl im Osten als auch im Westen fast ausschließlich Aufgabe der Mütter. Das galt auch für die Vollzeit arbeitenden Frauen in der DDR.

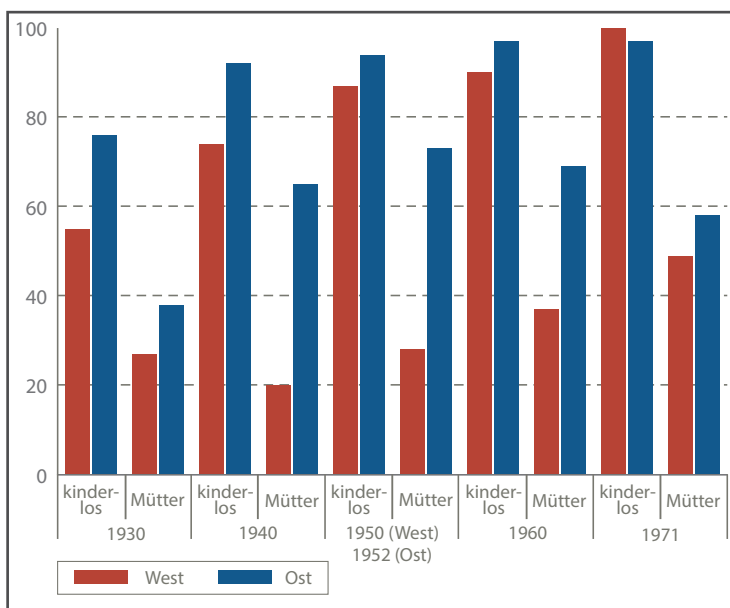


Abb. 1: Während der Anteil der erwerbstätigen Mütter im Osten Deutschlands ab den Geburtenjahrgängen um 1950 herum abnimmt, nimmt er im Westen beständig zu. Trotzdem liegt die Erwerbstätigkeit der 1971 geborenen Mütter im Osten noch immer höher als im Westen. Quelle: Deutsche Lebensverlaufsstudie, eigene Berechnungen.

Ob die jüngsten Reformen wie die Einführung des Elterngeldes oder auch die Änderungen des Unterhaltsrechtes daran etwas ändern können und sich ein echtes gleichberechtigtes Familienmodell entwickeln könnte, in dem beide Elternteile arbeiten und sich gemeinsam um Kinder und Haushalt kümmern, bleibt fraglich. Einerseits setzt das Steuersystem in Deutschland noch immer Anreize gegen eine doppelte Vollzeitarbeit. Andererseits lässt sich mit einem Teilzeitjob keine ausreichende Altersvorsorge erzielen.

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass beide Eltern vor allem dann Vollzeit arbeiten, wenn sie gut gebildet sind. Dann werden Aufgaben im Haushalt und bei der Kindererziehung allerdings häufig an weniger privilegierte Frauen delegiert. Dies, so schlussfolgern die Autoren, könnte dann zwar den Unterschied zwischen den Geschlechtern mindern, soziale Unterschiede aber verstärken.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Christian Schmitt

Literatur

Trappe, H., Pollmann-Schult, M., Schmitt, C.: The Rise and Decline of the Male Breadwinner Model: Institutional Underpinnings and Future Expectations, in: *European Sociological Review* 31(2015)2: 230-242. DOI: 10.1093/esr/jcv015

Impressum

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

in Kooperation mit

- Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Roland Rau (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Tomma Schröder

Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Roland Rau

Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Sebastian Beck

Druck: Druckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nichtkommerzielle Zwecke bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.